

Kaum neue Schulden und eine ganze Menge Investitionen

KREISHAUSHALT Mehrheitsgruppe aus SPD, Grünen und FDP nach Klausur zufrieden mit Etatentwurf für 2020

FRIESLAND/JW – Als gute Basis für den soliden „Friesischen Weg“ in die Zukunft betrachtet die Mehrheitsgruppe aus SPD, Grünen und FDP im friesländischen Kreistag den Haushalt für das Jahr 2020.

„Wir wollen Innovationen vorantreiben und kräftig in unsere Schulen und Straßen und vor allem auch Radwege investieren. So wollen wir uns für die Zukunft aufstellen“, erklärte Gruppensprecherin Ulrike Schlieper am Samstag in einer Pressemitteilung nach einer zweitägigen Haushaltsklausur.

Der von der Verwaltung vorgelegte Haushalt hat demnach ein Volumen von insgesamt 203 Millionen Euro und sieht Investitionen von 18,6 Millionen Euro vor. Die Kreisumlage bleibt bei 50 Punkten. Insgesamt ist laut Schlieper

der Haushalt zwar ausgeglichen, für den Ausgleich ist aber eine Netto-Kreditaufnahme von 300 000 Euro nötig, das seien gerade mal 0,3 Prozent des Haushalts. „Bis auf diese 300 000 Euro machen wir keine neuen Schulden, legen einen ausgeglichenen Haushalt vor und bringen trotzdem etliche notwendige und zukunftssträchtige Investitionen auf den Weg“, äußert sich Gerhard Ratzel für die FDP zufrieden.

Martina Esser (Grüne) bezeichnet den Breitbandausbau, mit dem die Gewerbegebiete im Landkreis abgeschlossen aber auch die „weißen Flecken“ beseitigt werden sollen, als eine „ganz, ganz wichtige Investition in die Zukunft“, mit der der Kreis Städte und Gemeinden finanziell entlastet.

Investitionen, die den Bürgern mittelbar- oder unmittelbar zugute kommen, sind nach Angaben der Mehrheitsgruppe der Ausbau der Digitalisierung in den Schulen und in der Kreisverwaltung, die Sanierungen und notwendigen Erweiterungen der kreiseigenen Schulen sowie die Sanierung und der Ausbau der Kreisstraßen und Radwege. Allein die Unterhaltung der Schulen koste 3,7 Millionen Euro.

Im Masterplan Schulen und Gebäude seien beispielsweise für das Mariengymnasium Jever weitere 1,4 Millionen Euro eingeplant, für das Lothar-Meyer-Gymnasium in Varel 1,4 Millionen Euro und für den Neubau eines Kindergartens auf Wangerooge eine Million Euro. Ein Werkstattgebäude an den Berufsbilden-

den Schulen in Jever sei mit knapp einer Million Euro, die Sanierung der Kreisverwaltung in Jever mit 1,45 Millionen Euro und ein Werkstattgebäude der Feuerwehrtechnischen Zentrale in Jever mit 400 000 Euro veranschlagt.

Die Unterhaltung und Sanierung von Kreisstraßen koste 2,750 Millionen Euro die Bahnverlegung in Sande zusätzliche zwei Millionen Euro. Investitionskostenzuschüsse für die Kliniken in Sanderbusch und Varel sollen bewirken, dass der Bevölkerung eine umfassende und wohnortnahe medizinische Versorgung garantiert werden kann.

Unabhängig vom Einkommen der Eltern soll es eine anteilige Erstattung der Kosten für eine Schülerkarte für Schüler der Sekundarstufe II geben, wenn der Öffentliche

Personennahverkehr (ÖPNV) genutzt wird. In der Summe sind das geschätzt gut 600 000 Euro.

„Diese Entscheidung ist uns gar nicht so schwer gefallen, weil wir wollen, dass noch mehr Menschen im Landkreis, in diesem Falle die Schüler der Sekundarstufe II, den ÖPNV nutzen. Dadurch stärken wir den ÖPNV im Landkreis, der durch den Nahverkehrsplan ab dem nächsten Fahrplanwechsel auch deutlich attraktiver wird“, sagt Ulrike Schlieper. „Trotzdem bleiben wir bei unserer Forderung, dass die Landesregierung aus SPD und CDU endlich ihr Versprechen einlöst, auch die im Koalitionsvertrag vereinbarte kostenlose Schülerbeförderung für den Sekundarbereich II zu übernehmen.“ Martina

Esser fügt hinzu: „Wir wollen durch das zögerliche Handeln der Landesregierung nicht ein weiteres Jahr verlieren und für den Individualverkehr der Schüler eine klimafreundliche Alternative bieten.“

Was Genugtuung bei den Kreistagsabgeordneten der Gruppe ausgelöst habe, sei die Schuldenentwicklung. Hatte der Landkreis 1995 noch 82 Millionen Euro langfristige Schulden, so seien es zu Beginn des Jahres 2020 noch knapp 40 Millionen. Damit sei auch der Kapitaldienst, also Zins und Tilgung, in erträgliche Dimensionen gerutscht: „Nur“ noch 220 000 Euro an Zinsen und knapp zwei Millionen Euro an Tilgung seien aufzuwenden. Liquiditätskredite sind seit Jahren nicht mehr nötig.